

walt, da es sich um einen vor den Staatsgerichtshof gehörenden Fall handelt.

Der Anschlag auf Seeck

war der erste Auftrag, der der Tscheka erteilt wurde. Seeck sollte ermordet werden, weil er als der gefährlichste Gegner der R. P. D. galt und für das Verbot der Partei verantwortlich gemacht wurde.

Anfang Dezember 1924 beauftragte Poegel und Szor von Neumann den Auftrag, General von Seeck zu beobachten. Die Beobachtung dauerte etwa eine Woche lang. Es wurde nun der Entschluß gefaßt, den General im Tiergarten während des Spazierritzes von Pferde zu schießen. Nach dem in allen Einzelheiten vorbereiteten Plan sollte Neumann Seeck vom Pferde schießen, während Poegel und der Dritte als Bedeckung für Neumann bestimmt waren und nötigenfalls der begleitenden Adjutanten erledigen sollten.

Nach der Tat wollte Neumann einige mit Buntstift geschriebene Zettel am Tatort zurücklassen des Inhalts: So rücht sich die Revolution. Der Bund der roten Kagen.

Der Plan ist nur daran gescheitert, daß General v. Seeck an dem betreffenden Morgen nicht ausgeritten ist, vermutlich, weil damals Glatteis war. Ebenso mißglückte der Plan ein zweites Mal, weil v. Seeck nicht kam. Auch ein weiterer Plan, Seeck bei seiner Rückkehr von Weimar zu erschließen, scheiterte, weil Seeck nicht kam. Dann wollte man eine Bombe gegen den Kraftwagen des Generals schleudern, doch kam dieser Plan nicht mehr zur Ausführung.

Die Ermordung des „Spitzels“ Rausch

Die zweite Aufgabe, die der Tscheka gestellt wurde, war die Ermordung des von der Partei als Spitzel bezeichneten Friseurs Johann Rausch in Berlin. Dieser Mord kam tatsächlich zur Ausführung und wurde in der Weise verübt, daß Poegel den Rausch zunächst aus seiner Wohnung auf die Straße lockte. Der Berathung gemäß ging Poegel einige Schritte vor Rausch, und als dieser im Torbogen angekommen war, feuerte Neumann rasch hintereinander zwei Schüsse auf Rausch ab, von denen der erste ihn in die Seite traf, die Lunge verletzte, am Herzen vorbeiging und die Niere zertrümmerte, während der zweite Schuß im Oberschenkel stecken blieb. Neumann und Poegel eilten zu dem Kraftwagen, den Szor bereit hielt, und flüchteten in demselben. Rausch ist später im Lazarus-Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Eine Mahnung Hindenburgs.

Fort mit dem Parteigezänk.

Zu einer großen nationalen Kundgebung gestaltete sich die Fahnenweihe des Braunschweiger Stahlhelms in Auenbützel. Fast 200 Ortsgruppen mit ihren Jungstahlhelmen waren vertreten. 75 Fahnen mit den alten schwarz-weiß-roten Farben wurden gezählt. Eine Reihe von Reitervereinen aus dem braunschweigischen Lande nahm an der Feier teil, die sich zu einer großartigen Kundgebung für Generalfeldmarschall von Hindenburg gestaltete. Im Anschluß an die Fahnenweihe ergriff Hindenburg das Wort zu folgender Ansprache:

„Meine lieben alten Kriegskameraden! Ich stehe heute zum erstenmal in eurer Mitte als Ehrenmitglied eurer Vereinerung des Stahlhelms. Ich freue mich dessen und ich bin stolz darauf, euer Abzeichen auf meiner Brust zu tragen, denn ich weiß, was es bedeutet. Es bedeutet, daß in unserem Vaterlande jene Tugenden wiedergekehrt sind, die einst zum Siege geführt haben und die uns mit Gottes Hilfe auch wieder zu Ehren kommen lassen werden. Ich meine die Treue, die Vaterlandsliebe und den Sinn für Recht und Ordnung. Ich rufe Euch noch folgendes zu: Haltet treu zusammen, wie wir uns einst im Kampf und Sieg um unsere Fahnen geschart haben. Seid einig, laßt das Parteigezänk bei Seite, das unserem teuren Vaterlande so unendlich viel Böses getan hat, denkt nur an das eine, an die Liebe zum Vaterlande, dann werdet Ihr wissen, was Ihr zu tun habt. Wir haben keine anderen Feinde als die, die uns zerstückeln und vernichten wollen. Darum wollen wir uns vereinigen über kleine Meinungsverschiedenheiten; denn Einigkeit allein macht stark neben dem Glauben an Gott den Herrn, und wo Stärke ist, da ist Macht und Recht.“

Von einem Flieger wurde ein großer Eichenlaubkranz mit einer schwarz-weiß-roten Schleife für den Generalfeldmarschall herabgeworfen.

Politische Hundschau.

Deutsches Reich.

Stressemann über das Gutachten. In einer Versammlung in Gleiwitz sprach der Reichsaussenminister Dr. Stressemann über das Sachverständigen Gutachten. Er führte u. a. aus: Die Regierung weiß sehr wohl, daß das Gutachten eine schwere Belastung darstellt, besonders in der Frage der Reichsbahn und der Währungsbank. Die wirtschaftlichen Bedingungen weisen aber den Weg, wie wir politisch wieder unsere Souveränität herstellen. In der Frage der Weiterzahlung der Besatzungskosten sei es Ehrenpflicht des Kabinetts gewesen, sie nicht allein dem besetzten Gebiet aufzubürden. Die Regelung der deutschen Verpflichtungen durch das Gutachten werde von selbst eine Herabsetzung der Besatzungs- und Kontrollkommissionen bringen müssen. Das Gutachten sieht für Deutschland eine Atempause vor, sowie eine Anleihe im ersten Jahre. Das sei für ihn keine internationale Schuldmechtigkeit, sondern ein Mittel, das Ausland am Gelingen der deutschen Wirtschaft zu interessieren. Seiner Überzeugung nach gehen die Interessen des Staates denen der Wirtschaft vor. Das Entscheidendste sei, daß wir nicht mehr Jahre lang von Rhein und Ruhr getrennt bleiben und die Einheit Deutschlands gewahrt wird. Die Versammlung verließ zum Teil sehr stürmisch. Es dauerte 20 Minuten, bis Dr. Stressemann überhaupt zu Worte kommen konnte.

In dem Hochverratsprozeß gegen 38 Angehörige des früheren Stoßtrupps Hitlers fällt das Volksgericht in München am Montag das Urteil. Es lautete für die Angeklagten v. Knobloch und Maurice auf je 1 Jahr 6 Monate Festung und je 100 Mk. Geldstrafe; für Schneider und Fröschel auf je 1 Jahr 4 Monate Festung und 50 Mk. Geldstrafe, für die übrigen Angeklagten auf je 1 Jahr 3 Monate Festung und 30 Mk. Geldstrafe. Den Angeklagten wurden Bewährungsfristen zugebilligt.

Im Ruhrgebiet wurden in der Nacht zum Montag sämtliche Kriegsteilnehmer, die an den Wahlversammlungen am Sonntag im Ruhrort teilgenommen hatten, von den Franzosen ausgewiesen, aus ihren Betten geholt und abgeschoben. Es handelt sich um 48 Familien und 36 Ledige.

Bayern hält daran fest, daß die Rückübertragung der Eisenbahn an Bayern unter allen Umständen weiter gefordert werden soll. Die Möglichkeit eines neuen Konflikts zwischen Bayern und dem Reich ist gegeben.

Die Frage, ob die Forderungen des Sachverständigen-Gutachtens von Deutschland erfüllt werden können, bedarf der Erörterung. Das deutsche Volksvermögen betrug bei Beginn des Krieges 320—340 Goldmilliarden. Davon büßte Deutschland ein die Handelsflotte und die Auslandsguthaben, die landwirtschaftlichen Überschussprovinzen, Industriegebiete und die Kolonien. Der Wert dieser Substanzverluste wird auf 75—100 Milliarden beziffert. Heute beträgt das deutsche Volksvermögen im Höchstsfall noch 150 Milliarden. Die Reparations- und anderen Leistungen betragen 55,9 Milliarden. Das Volksbrutto-Einkommen betrug im Frieden jährlich 43 Milliarden, heute nach Helfferich 20 Milliarden oder 330 Mk. je Kopf gegen 625 Mk. je Kopf vor dem Krieg. Die heutige wirtschaftliche Basis reicht für unser Volk nicht mehr aus. Die Beeinträchtigung der Lebensführung unseres Volkes zeigt sich in der Zunahme der Sterblichkeit an Tuberkulose. 1922 starben gegenüber dem Jahre 1921 5 Prozent und 1923 13 Prozent mehr an Tuberkulose. In Berlin waren 1923 33,76 Prozent der Schulkinder unterernährt. Man wird finden, daß die Forderungen der Sachverständigen nicht auf Erfüllung, sondern auf Vernichtung der deutschen Wirtschaft herauslaufen.

Der thüringische Staatsminister Dr. Stolze und der vormalige Staatsrat Dr. Fritze sind aus ihren Ämtern als stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichsrat ausgeschieden. Minister Dr. v. Klüchtner ist als stellvertretender Bevollmächtigter zum Reichsrat bestellt worden.

Die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission ist vom Außenminister Dr. Stressemann bereits am Sonnabend dem Gesamtkabinet vorgelegt worden. Die Beratungen sollten gestern zu Ende gehen, damit die Note noch am Montag abgehandelt werden konnte. Sie ist auch diesmal zustimmend gehalten.

In Hamburg fand am Sonntag eine Kolonialgedenkefeier des 40. Geburtstages der deutschen Kolonialpolitik statt. Der frühere Staatssekretär des Reichskolonialamtes Posthaster Dr. Solf hielt hierbei die Festrede, in der er die Grundlinien der Bismarckschen deutschen Kolonialpolitik entwarf. Er richtete schließlich einen Appell an das deutsche Volk, den kolonialen Gedanken hochzuhalten.

Frankreich.

Der französische Wahlfeldzug nimmt einen bewegten Verlauf, namentlich in dem Departement Seine et Oise. Prätensionsen zwischen den Kandidaten der einander feindlich gegenüberstehenden Parteien sind an der Tagesordnung. Besonders tun sich dabei die Kommunisten hervor. Nachdem vor einigen Tagen der frühere Minister Ribot von ihnen überlistet worden war, ist jetzt auch André Tardieu, der frühere Minister und Hauptstürmer des Versailler Friedensvertrages von den Kommunisten in Sartroville, als er sein Programm für die kommenden Wahlen darlegte, überfallen und mißhandelt worden. Tardieu wurde von dem bekannten Kommunisten und früheren Deckoffizier Marty von der Tribüne heruntergerissen. Als Tardieu dann seinen Platz wieder einnahm und seine Rede fortsetzen wollte, stürzten die Gefährten Marty erneut auf ihn los, zertrümmerten und rissen an ihm, bis sein Rockärmel entzwei ging. Sie verfehten ihm Schläge über den Rücken und ins Gesicht.

England.

In Glasgow hat eine wichtige politische Versammlung stattgefunden, in der eine Entschließung zur Begründung der schottländischen Autonomie angenommen wurde. Die schottischen Abgeordneten werden einen Antrag in diesem Sinne im Unterhause einbringen.

Rumänien.

Zwischen Rumänien und der Türkei ist ein Militärvertrag abgeschlossen worden. Der „Adevărul“ schreibt dazu: Das Volk begrüßt die rumänisch-türkische Freundschaft gegenüber Sowjet-Rußland, denn die Auseinandersetzung mit Rußland rückt von Tag zu Tag näher.

Amerika.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York, Präsident Coolidge habe deutlich zu verstehen gegeben, daß er in der Frage der Einwanderungsbill eventuell von seinem Vetorecht Gebrauch machen werde, falls die gegen Japan gerichteten Klauseln nicht gestrichen oder abgeändert werden. Der Präsident hat keine offizielle Erklärung abgegeben, doch ließ er durchblicken, daß die gesamte Frage zur Zufriedenheit aller geregelt werden könne.

Aus dem Muldentale

Waldenburg, den 28. April, 1924.

— **Nachtzüge.** Wir machen nochmals auf die Wiedereinführung der letzten Züge 11¹⁰ aus Glauchau nach Waldenburg und umgekehrt 11⁴⁰ von Waldenburg nach Glauchau ab 1. Mai aufmerksam; von ihrer allseitigen regen Benutzung wird es abhängen, ob sie auch weiterhin beibehalten werden können. Jetzt gilt auch nur der gewöhnliche Fahrpreis. Man möge überall in Glauchau, Remse, Waldenburg und Umgebung auf diese der Reichsbahndirektion Dresden zu dankende Verkehrsverbesserung hinweisen.

— **Bei der Reichseisenbahn** wird der Verkehr am 1. Mai wie an Sonntagen und Festtagen durchgeführt.

— **Umzüge am 1. Mai sind verboten.** In der „Sächsischen Staatszeitung“ wird nachstehende Bekanntgabe vom 26. April 1924 des Ministeriums des Innern veröffentlicht: Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 sind öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten. Infolge dieses Verbots sind auch am 1. Mai, da Ausnahmen entsprechend der Stellungnahme des Reichsministers des Innern nicht zugelassen werden können, derartige Versammlungen und Umzüge nicht gestattet. Öffentliche Versammlungen in umfriedeten Räumen, auch wenn diese ohne Dach sind, werden gestattet.

— **Neue 5-Billionen-Scheine.** Die neuen Reichsbanknoten über 5 Billionen Mark sind auf weissem Papier gedruckt und 72 mal 120 Millimeter groß. Das rechtsseitig im Papier eingeformte Wasserzeichen stellt Eichenlaub und Kreuzdorn in ornamentaler Verarbeitung dar. Die Wirkung dieses Wasserzeichens wird durch die graue Färbung des Papierstreifens, der orangefarbene und grüne Fasern enthält, erhöht. Der etwa 22 Millimeter breite Schaurand ist in der Mitte mit einem Linienmuster bedruckt, das in dem hellen Mittelteil die Wertzahl „5“ zeigt. Der in dem Farben violett-graugrün-rotviolett spielende, gemusterte Untergrund der Vorderseite wird von einem breiten Zierrahmen eingefasst. Die Beschriftung in braunlich-schwarzer Farbe und großen Buchstaben lautet: Reichsbanknote. Fünf Billionen Mark zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer. Berlin, den 15. März 1924, Reichsbankdirektorium, (folgt Unterschrift). Die Wertbezeichnung „Fünf“ ist durch die große Zierchrift hervorgehoben, zu beiden Seiten steht die gemusterte Wertzahl „5“. Links neben den Unterschriften befindet sich der Kontrollstempel mit der Unterschrift: „Reichsbankdirektorium“. Reihenbezeichnung und Nummer sind in roter Farbe oben in der Mitte eingedruckt. Auf der Rückseite ist links ein etwa 22 Millimeter breiter, weißer Schaurand. Der in dem Farben hellblau-gelb-braun bis dunkel-olivgrün spielende Faltuntergrund umschließt ein reichverzerrtes, kreisförmiges Linienornament mit dem Schriftzug. In der Mitte stehen in großen lichten Buchstaben die Worte „Fünf Billionen Mark“. Die vier Ecken werden durch Zierstücke mit der Wertzahl „5“ ausgefüllt. Oben und unten tragen schmale Leisten das Wort „Reichsbanknote“.

— **Die Landwirte des Glauchauer Bezirkes** hielten am Freitag Nachmittag im „Lindenhof“ in Glauchau eine Versammlung ab, die trotz des prächtigen Wetters immerhin gut besucht war. Der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Bezirksverbandes, Herr Arno Leithold aus Lettau, kam nach seinen Begrüßungsworten auf die Reichstagswahl zu sprechen und bemerkte zum Tode Helfferichs, zu dessen Gedenken sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben, daß dieser die einzige Kapazität auf dem Gebiete des Finanzwesens gewesen sei, die die ganze rechte Seite des Reichstages aufzuweisen halte. Ferner erklärte Herr Leithold nochmals seine Stellung zum Deutschvölkischen Block und kam auf die Teuerung der Industrie-Erzeugnisse und die Preise für landwirtschaftliche Produkte zu sprechen. Weiter betonte er, daß die nationale Frage heute überlebt sei und wies in diesem Zusammenhang auf die Übertritte ganzer deutschnationaler Ortsgruppen in Pommern zu den Deutschvölkischen hin. Ferner behandelte der Redner die Hypothekenaufwertung und erhob gegen die Höhe der Rentenschuld auf die Landwirtschaft Einspruch. Zum Schluß forderte er auf, bei der Reichstagswahl die Stimme der Liste 8 zu geben. Hierauf nahm Herr Geschäftsführer Lindner das Wort zu seinem Referat über Steuerangelegenheiten. An das Ministerium sei eine Beschwerde eingereicht worden darüber, daß die Grundsteuerbehörde die Gemeindebehörden benutzte, um die Grundsteuer einzuziehen und dafür auch noch Gebühren erhebt. Mit der Abgabe der Vermögenssteuererklärung habe es noch einige Tage über den 30. April hinaus Zeit. Herr Lindner bemerkte, daß die Landwirte im Interesse einer genaueren Bewertung für die Vermögenssteuer erst mit ihrer Organisation Fühlung nehmen sollen. Auf Anregung des Herrn Müller-Reinholdshain erklärten sich die Anwesenden damit einverstanden, daß eine Resolution an das Finanzministerium gerichtet wird, die die Aufhebung der Zugsteuer und Gewerbesteuer verlangt. Eine weitere Eingabe soll die Herabsetzung der Grundsteuer für 1923 und 1924 fordern. Im weiteren Verlaufe der Versammlung kamen noch interne Verbandsangelegenheiten zur Sprache. Herr Arnold-Oberlungwitz wurde zum 2. Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt. Bei einer Besprechung im Sächsischen Landbund wurde festgestellt, daß der Chemnitzer Verband dem Austritt der Landwirte des Bezirkes Glauchau nicht hinderlich sein will. Nur ist die Frage der rückständigen Beiträge für 1922 und 1923 noch zu klären. Weiter wurde noch für den Besuch der großen landwirtschaftlichen Ausstellungen in Magdeburg (14. bis 18. Juni) und